

Maring-Novrand, 20.11.2025

Rheinland-Pfalz möchte Gewerbe in Maring-Novrand fördern

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger von Maring-Novrand und Siebenborn,

derzeit gibt es in unserer Gemeinde wieder rege Diskussionen um das Thema "Interkommunales Gewerbegebiet" (IKG). Vom Land Rheinland-Pfalz wurde unserer Gemeinde in Aussicht gestellt, die Fläche als sogenannte "Turbofläche" mit Vorrang zu entwickeln. Wirtschaftsministerin Schmitt sieht bei uns Potential für die Ansiedlung vor allem mittelständischer Unternehmen. Gleichzeitig sei die Nachfrage nach Gewerbeflächen hoch und das Flächenangebot im Kreis Bernkastel-Wittlich niedrig.

Zwischen der Ortsgemeinde und dem vom Land beauftragten Entwicklungsbüro hat am 04.11.25 ein Gespräch dazu stattgefunden. Leider haben die Teilnehmenden der Liste Becker darin ihre Ablehnung erneut betont und sich gegenüber unseren vorgeschlagenen Kompromisslösungen verschlossen gezeigt.

Dies ist für uns kein zukunftsfähiger Weg. Die Attraktivität unserer Gemeinde sehen wir zunehmend schwinden, da der Gemeindehaushalt perspektivisch zu geringe Einnahmen verzeichnet. Ohne ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gewerbe, Wohngebieten und Tourismus fehlen uns die finanziellen Spielräume, um wichtige Aufgaben wie

- die Erweiterung der Kita und die Gestaltung von Spielplätzen
- die Sanierung der Ortskerne
- Unterstützung der Vereine
- die Attraktivität als Tourismusgemeinde angemessen zu erfüllen.

Schon heute stehen in Maring-Novrand zu wenige Gewerbeflächen zur Verfügung, um ortsansässigen Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Mehrere aktuelle Anfragen liegen der Ortsgemeinde nachweislich vor. Dies kann in naher Zukunft nicht nur zur Abwanderung dieser Unternehmen sondern auch zu weiter sinkenden Einnahmen für die Gemeinde führen.

Im Zuge der geplanten Fördermöglichkeiten des Landes sehen wir jetzt neue Chancen, das Gebiet nach den Vorstellungen der Ortsgemeinde zu gestalten – in einer sinnvollen Größenordnung und unter Berücksichtigung grüner, nachhaltiger Aspekte. Ein erster Bauabschnitt wäre auf den Flächen des bisherigen Kiesabbaus denkbar. Eine weitere Entwicklung könnte bedarfsgerecht erfolgen. Die Gewerbeflächen wären durch die L47 klar vom Ort getrennt und evtl. notwendige Maßnahmen zum Verringern von negativen Auswirkungen der Gewerbeflächen werden wirkungsvoll umgesetzt.

Da es sich um ein interkommunales Gewerbegebiet handelt, ist der Ausbau immer zusammen mit den anderen gewerbetreibenden Gemeinden der Verbandsgemeinde zu sehen. Diese verzichten nach bisheriger Planung der Verbandsgemeinde in einer Art

Solidarpakt auf weitere Gewerbeflächen in ihrem Ortsgebiet und machen den Ausbau in unserer Gemeinde möglich. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Ausgestaltung des Gebiets konkret planen, die finanziellen Rahmenbedingungen klären und in Abstimmung mit dem Land entsprechende Fördermöglichkeiten prüfen.

Besonders wichtig ist es uns in diesem Zusammenhang klarzustellen, dass aus gesetzlicher Sicht immer unserer Ortsgemeinde die Planungshoheit über die Ausgestaltung der Gewerbeflächen obliegt und uns auch das Aufkommen der Gewerbesteuer zusteht. Im Rahmen des o.g. Solidarpaktes sind Fragen wie z.B. ein Verteilungsschlüssel der Gewerbesteuern zu klären. Hauptprofiteur muss dabei immer unsere Ortsgemeinde sein.

Bisher hat in unserem Gemeinderat noch keine Diskussion zu den aktuellen Fördermöglichkeiten stattgefunden. Der Bürgermeister hat im Schreiben vom 25.09.2025 gegenüber der Landesregierung die Teilnahme an dem Förderprogramm "Turboflächen" eigenmächtig abgesagt, ohne Rücksprache mit dem Rat zu halten. Wir finden es wichtig, dass diese neuen politischen Entwicklungen zur Sprache kommen und haben daher in der Ratssitzung vom 19.11.2025 eine öffentliche Sondersitzung zu dem Thema beantragt.

Unser Ziel ist es, die Vorteile des Förderprogramms zu nutzen und gemeinsam an der Ausgestaltung der Gewerbeflächen zum Wohl der Gemeinde zu arbeiten.

Für die Liste Zukunft e.V., gez. die aktuellen Ratsmitglieder

Reinhard Arens, Carsten Bollig, Manuel Brixius,
Marco Brixius, Holger Schäfer, Michael Schiffmann, Marc Zimmer

Auf den Punkt gebracht:

- Es bieten sich derzeit einmalige Fördermöglichkeiten beim Ausbau des Gewerbegebietes. Das Land Rheinland-Pfalz möchte unsere Gemeinde fördern und sieht Potential.
- Die Liste Becker verhindert mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat die Ausweisung von Gewerbeflächen und zeigt sich nicht kompromissbereit.
- Die Liste Zukunft ist bereit, die Planung zum Wohle der Gemeinde voranzubringen. Wir nehmen Ihre Bedenken ernst und werden sie in der Planung berücksichtigen.
- Das letzte Wort bei der Ausgestaltung des Gewerbegebietes und der Verteilung der Gewerbesteuern liegt bei der Gemeinde. Über unseren Kopf hinweg kann nichts entschieden werden.
- Die Gemeinde ist zukunftsfähig, wenn sie breit aufgestellt ist. Der Einklang von Wohnen, Tourismus, Erholung, Ökologie und Gewerbe kann unseren Ort lebenswerter machen.
- Finanzstarke Gemeinden haben Gestaltungsspielraum, können Steuern senken (Grundsteuer A und B) und in den Ort investieren.